Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag
28. Dezember 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5080—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst unemmal täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark freibleibend.

Bank-Konto Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse C (W. 66), Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,30 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beilagenanzeigen werden nach der endgültigen Tarifberechnet.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

28. 12 a Nr. 601 [illegible] Mitbinder
62. Jahrgang.

ZEITGE-WERKE
DAS SIEGGEWOHNTE
KRAFTRAD
MOYS-GÖRLITZ

Afghanistan.

Von unserem Berichterstatter.

A. London, 23. Dezember.

In den Beziehungen zwischen England und Afghanistan ist plötzlich eine erhebliche Spannung eingetreten. Londoner Regierungsblätter sprechen, wenn auch vorläufig noch nicht von der Möglichkeit eines Krieges, so doch von Abbruch der diplomatischen Beziehungen und von der anderen Seite her wird berichtet, daß der Emir mobilisiere — man weiß nicht recht, ob gegen aufständische Stämme im Innern oder gegen einen äußeren Feind. Den äußeren Anlaß für das energische Vorgehen des Times offen die Verhältnisse an der indischen Nordwestgrenze. Man erinnert sich, daß in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Mordtaten an englischen Offizieren und deren Angehörigen vorgekommen sind. Die Schuldigen sollen sich auf afghanisches Gebiet geflüchtet haben und langwierige Verhandlungen mit der Regierung von Kabul über ihre Bestrafung oder Auslieferung haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Aber diese Dinge bilden, wie gesagt, offenbar nur den äußeren Anlaß für die plötzlich eingetretene Spannung. Die wirkliche Ursache liegt ohne Zweifel tiefer. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen den beiden Ländern wird durch den Vertrag von 1921, einen „Vertrag der Freundschaft und der nachbarlichen Beziehungen" geregelt. In diesem Vertrage hat die englische Regierung Afghanistan zum ersten Mal als selbständiges Staatswesen anerkannt, das eine eigene innere und äußere Politik führen könne. Der Vertrag war für drei Jahre abgeschlossen und muß ein Jahr vor Ablauf gekündigt werden. Dieser Kündigungstermin steht vor der Tür. Daher die englische Aktivität.

In der Tat macht man auf englischer Seite kein Geheimnis daraus, daß man mit den Wirkungen des Vertrages nicht zufrieden ist. Man beklagt sich insbesondere über eine heftige antienglische Propaganda, die in Kabul von Bolschewisten und Türken getrieben werde. Die Bedrohung, daß England von der afghanischen Regierung den Abbruch der Beziehungen zu Moskau verlangt habe, wird in London bestritten. Aber wie dem auch sei: daß die alte Rivalität zwischen der russischen und englischen Einflußsphäre am Hofe des Emir nicht geringer geworden ist, darf ohne weiteres angenommen werden und es ist auch möglich, daß dabei die Anwesenheit bolschewistischer Agenten in Buchara eine Rolle spielt. Aber alles das ist offenbar nicht die wichtigste oder überhaupt nicht die alleinige Ursache des englischen Mißtrauens. Wesentlicher ist sicherlich, daß die afghanische Regierung im letzten Jahre eine nach englischer Ansicht allzu rege diplomatische Tätigkeit entfaltet hat. Sie hat diplomatische Beziehungen mit einer ganzen Reihe von Staaten angeknüpft, darunter mit Frankreich und Italien, sie unterhält ein freundschaftliches Einvernehmen zu Persien und zur Türkei, sie steht in Unterhandlungen mit China, sie bezieht Waren aus Deutschland, schickt Studenten an deutsche Universitäten, hat deutsche, italienische, französische Offiziere, Ärzte, Ingenieure in ihrem Dienst. Kurz, die Absicht der afghanischen Regierung liegt auf der Hand: sie ist bestrebt, nicht zu einem englischen Vasallenstaat herabzusinken und benutzt ihre durch den Vertrag von 1921 anerkannte Selbständigkeit, um die internationale Stellung des Landes nach allen Seiten hin möglichst zu festigen. Niemand kann bestreiten, daß sie dazu ein vollkommenes Recht hat. Aber den Engländern gefällt es nicht.

Man kann die Lage noch mit noch etwas deutlicher kennzeichnen: Afghanistan kämpft einen — zunächst diplomatischen — Verzweiflungskampf, um nicht von England verschluckt zu werden. Daß diese afghanische Bestrebungen nach all den früheren Erfahrungen (besonders um die Mitte des letzten Jahrhunderts) sehr begreiflich ist, wird auch von englischer Seite nicht bestritten, und gerade der neueste Vorstoß der englischen Diplomatie kann nur dazu dienen, sie noch mehr zu bestärken. Allerdings wird in London versichert, daß der englischen Politik jede aggressive Absicht fern liege und daß sie weder die politische noch die wirtschaftliche Unterwerfung Afghanistans bezwecke — letzteres schon aus dem Grunde nicht, weil die Möglichkeiten und Vorteile einer wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes fraglich seien. Deggen wird von den zuständigen Londoner Kreisen nicht die Möglichkeit, daß England wahrscheinlich eine Änderung des Vertrages von 1921 verlangen werde, da dieser Vertrag nur ein „Probevertrag" gewesen sei. Welcher Art sind diese von England erwünschten Veränderungen? Ein Artikel der „Times", der offenbar von einer mit den einschlägigen Verhältnissen gut vertrauten Seite stammt, läßt darüber keinen Zweifel: „Wir wollen freimütig zugeben, daß wir es sieber sehen würden, wenn Afghanistan seine Produkte in Indien verkaufen oder durch Indien ausführen und dafür dessen Waren in Empfang nehmen würde, als daß dieser Verkehr nach Norden geht. Derartige wirtschaftliche Beziehungen müssen auf die Dauer zu starken politischen Bindungen führen, die für ein kleines Land, das seit jeher Beziehung auf Hilfe von außen angewiesen ist, leicht Abhängigkeit mit sich bringen können."

Mit anderen Worten: England kämpft für die afghanische Unabhängigkeit — gegenüber dritten Staaten. England will Afghanistan wirtschaftlich keineswegs unterwerfen — falls es sich selbst unterwirft. England will auch die Selbständigkeit Afghanistans nicht antasten — falls es diese Selbständigkeit dazu benutzt, den englischen Wünschen zu folgen. Es ist das typische Verfahren englischer Kolonialmethoden. Auch daß tatsächlich berechtigte Beschwerden, in diesem Falle die Zustände an der Nordwestgrenze Indiens, zum Anlaß genommen werden, um eine mehr oder minder freiwillige Vertragsrevision einzuleiten, entspricht, wie man weiß, einem lang geübten und oft bewährten englischen Brauch. Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß daneben auch imperialistische Motive das englische Vorgehen beeinflußt haben. Eine der stärksten Beeinflussungen der Konservativen hinsichtlich der Außenpolitik einer Arbeiterregierung richtet sich auf Indien. Man befürchtet, daß ein Kabinett der Arbeiterpartei den indischen Selbständigkeitswünschen allzu sehr entgegenkommen werde und die „Morning Post" versichert schon jetzt, daß Indien einfach weggeschenkt werden solle. Auf der anderen Seite herrscht, wie mehrfach berichtet wurde, im Lager der Linksparteien die Besinnung, daß das konservative Kabinett die letzten Tage seiner Herrschaft dazu benutzen könne, in gewissen Fragen, besonders auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiete, in aller Eile Entscheidungen herbeizuführen, die schwerlich zum Vorteil Indien. Man braucht nicht anzunehmen, daß es sich in bezug auf Afghanistan dabei um einen vorbedachten Plan handelt, aber es kann Curzon, der in dieser Periode des Uebergangs mehr als jemals eine rein persönliche Politik treibt, durchaus ähnlich, wenn er, bevor die Abschiedstunde schlägt, noch Versuche machen wollte, gerade in der Angelegenheit, die mit seinem Lieblingskinde Indien in so engem Zusammenhang steht, noch schnell „Ordnung zu schaffen".

*

Im Augenblick, da diese Zeilen abgeschlossen werden, läuft eine offizielle Mitteilung der Reuteragentur ein, die auf eine Verschärfung der Lage hinzudeuten scheint. Danach ist in Bombay eine für den Emir bestimmte aus Frankreich kommende Waffensendung aufgehalten worden. „Es ist zu hoffen", heißt es in dieser Mitteilung weiter, „daß die Afghanen tun werden, was sie versprochen haben; wenn nicht, wird es notwendig sein, darüber zu entscheiden, welche weiteren Maßregeln notwendig sind." Der Hinweis auf die weiteren Maßregeln kann nach Ansicht Londoner Blätter nur dahin gedeutet werden, daß die englische Regierung Truppen über die Grenze schicken werde.

Afghanische Aktion gegen die Mörder der Engländer.

Paris, 28. 12. Nach einer Londoner Meldung der „Chicago Tribune" ist offiziellen britischen Kreisen die Nachricht zugegangen, daß bei Dschellalabad eine Aktion der afghanischen Armee gegen die Stämme begonnen habe, die den Mördern der britischen Offiziere Unterstützung gewährt haben. Der Umfang und das Ergebnis des Gefechtes seien unbekannt.

Verurteilung der Düsseldorfer Justiztragödie.

Die „Times" gegen die politischen Tendenzen der französischen Justiz.

London, 28. 12. (WB. Z. B.)

Der Kölner Sonderberichterstatter der „Times" schreibt zu den Urteilssprüchen des französischen Kriegsgerichts gegen den Regierungspräsidenten Grützner und Beamte der grünen Polizei in Düsseldorf: Das allgemeine Ergebnis charakterisiere das Verfahren als ein zynisches Weiterwirken der französischen Politik, das sogar den Krupp-Prozeß übertreffe. Die Erklärung des französischen Anklägers, daß es sich nicht um einen politischen Fall handele, sei schwer mit den Tatsachen zu verfehlen, daß die Franzosen, nachdem sie die separatistische Aktion, die so gut wie keine Unterstützung unter der Bevölkerung finde, ermutigt hätten, schließlich gestatteten, daß Waffen von einer gefährlichen Bande unverantwortlicher Burschen und sogar Verbrecher geführt würden, und daß die Franzosen, als der unverantwortliche Zusammenstoß mit den Kräften des Gesetzes und der Ordnung erfolgt sei, den Vertretern des Gesetzes und der Ordnung den Prozeß machten statt den Aufrührern, die diese Unruhen verursacht hätten.

Macdonald dementiert und korrigiert

London, 28. 12. Ramsay Mac Donald veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, die Blätter hätten seine Rede in Aylsia falsch wiedergegeben. Er habe nicht die liberale, sondern die konservative Partei eine Leiche, die der Einsargung harrt, genannt.

Thüringen.

Die Reichsregierung hatte kürzlich eine Kommission, bestehend aus dem Reichskommissar Kuenzer, Geheimrat Wende vom Reichsjustizministerium und Dr. v. Hagenau nach Thüringen entsandt mit dem Auftrag, mit dem dortigen Reichswehrkommando Fühlung zu nehmen. Nachdem diese Kommission zurückgekehrt war, hat sie der Reichsregierung Bericht erstattet. Danach habe die Reichsregierung die Herren Kuenzer, Ministerialrat Förster vom Innenministerium, Ministerialrat Carlowa vom Finanzministerium und Ministerialrat Wende nach Weimar. Ihr Auftrag ging dahin, als Beauftragte der Reichsregierung auf Grund des Art. 15 Abs. 2, Satz 2 bei den Landesjustizbehörden Thüringens alle zur Ausführung ihres Auftrags erforderlichen Ermittlungen vorzunehmen. Der genannte Satz des Reichsverfassung lautet: „Die Reichsregierung ist ermächtigt, zur Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze zu den Landeszentralbehörden und mit ihrer Zustimmung zu den unteren Behörden Beauftragte zu entsenden." Die Reichsregierung hat die Thüringischen Zentralbehörden ersucht, die genannten Herren in jeder Richtung bei der Ausführung ihres Auftrags zu unterstützen. Wie wir weiter hören, sind Schuftkragen nicht Gegenstand der Besprechungen.

Die thüringischen Minister, mit deren Ankunft in Berlin man für diese Tage glaubte rechnen zu können, haben bisher noch keine Mitteilung an die Reichsregierung gelangen lassen, ob sie überhaupt nach Berlin kommen werden.

*

Reichberg trug Poincaré und Barthou seine seit langem propagierten und sattsam bekannten utopischen Pläne über die französische „Gleichstellung an der deutschen Industrie", über die „Vereinigung von französischem Erz und deutscher Kohle" und über die seiner Ansicht nach unhaltbare „Lage Frankreichs" vor. Näheres Eingehen auf diese Besprechung erübrigt sich an dieser Stelle. Nur das sei gesagt, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, wenn sich jeder Privatmann die Bevormundung gefallen läßt, in Genf der deutsch-französischen Verhandlungen durch Sonderaktionen einzugreifen.

Kirchliche Unionsbestrebungen.

London, 28. 12. (T. U.) Der Erzbischof von Canterbury hat an die Bischöfe der englikanischen Kirche einen Brief geschrieben, in dem er sich über die Bemühungen der englikanischen Kirche berichtet, eine Union zwischen den verschiedenen europäischen Kirchen herbeizuführen. Zuhörende Kirchenmänner sprechen in der Presse die Ansicht aus, daß eine Union allen Kirchen wesentliche Vorteil verschaffen werde. Die Verhandlungen jetzt seien aus dem Gefühl hervorgegangen, daß die Zustände in Europa und in der Welt solange nicht wahrhaft besser werden könnten, bis nicht alle Völker die Dinge von dem Standpunkte des Christentums aus betrachten.

Hilfe für den europäischen Protestantismus.

London 28. 12. (W. T. B.) Einer Reutermeldung aus Columbus (Ohio) zufolge erklärte der Generalsekretär des amerikanischen Kirchenrats, Reverend Mac Farland, in einer Ansprache auf der Jahreskonferenz des Vollzugsausschusses dieser Organisation, die amerikanische Kirche wünsche den europäischen Protestantismus zu Hilfe kommen, da er sonst untergehen werde. Alle Berichte sprächen über wachsende Hungersnot und Schließung evangelischer wohltätiger und erzieherischer Einrichtungen infolge von Armut. Es herrsche allgemeine Verzweiflung. Das proletarische Element setze am schnellsten unter der allgemeinen Not. Ein praktischer Ausdruck brüderlicher Liebe sei von nöten, eine Kampagne zur Aufbringung von etwa 15 Millionen Dollar für das allgemeine Hilfsprogramm sei eingeleitet.

Belgische Massenklagen gegen Deutschland.

Die im Kriege nach Deutschland Abgeschobenen.

Brüssel, 28. 12. (T. U.)

Kraft Artikel 204 des Versailler Vertrags, § B, Abs. 13, wonach Streitfälle, die zwischen Belgiern und Deutschen vor dem Inkrafttreten des Versailler „Vertrages" eintraten, dem gemischten deutsch-belgischen Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden müssen, fanden in Paris am 3. Januar vor dem genannten Gericht Verhandlungen statt. Als Ankläger treten mehr als 80000 Belgier auf (?), die seinergzeit nach Deutschland abtransportiert wurden und Schadenersatzansprüche stellen. Die Verhandlungen werden von den Zeugen der juristischen Genfer Fakultät, Morioud, geleitet. Belgien wird von dem Baron Alberich Rolin vertreten. Die Generalagent der belgischen Regierung soll Sarrien fungieren. Von Persönlichkeiten, die im Namen der belgischen Kläger auftreten, ist Hymans der ehemalige Minister zu nennen. Ein deutscher Schiedsrichter wird an den Verhandlungen teilnehmen. Der Generalagent der deutschen Regierung ist der Berliner Justizrat Lehmann.

*

Es handelt sich hier um diejenigen belgischen Zivilpersonen, die im Krieg von den deutschen Okkupationsbehörden in Belgien nach Deutschland abgeschoben wurden, sei es, weil sie eine die Sicherheit des deutschen Heeres gefährdende Tätigkeit entfalteten, oder aber weil ihre Entfernung im besetzten belgischen Gebiet nicht mehr durchzuführt werden konnte. Sie wurden in der deutschen Industrie und Landwirtschaft beschäftigt und fanden dort das tägliche Brot, während sie in ihrem Vaterlande der Gefahr des Hungers ausgesetzt gewesen wären. Die Zahl 80000 muß übrigens als fantastische Aufbauschung der Angelegenheit bezeichnet werden.

Abkommen zwischen der Rheinlandkommission und den rheinischen Werken.

Paris, 28. 12. (Wtb.) Hiesige Blätter verzeichnen das Zustandekommen einer zwischen der Rheinlandkommission einerseits, der Bächlen Berlin- und Gebsdorfer Braunkohlen- und den Bächler Farbwerken andererseits geschlossenen Vertrag, wonach sich die beiden deutschen Werke verpflichten, für die Monate Dezember, Januar und Februar auf Reparationskonto je 5000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak sowie 10% bei in den Werken von Oppau erzeugten Stickstoffdüngers, zum monatlichen über 1400 Tonnen monatlich zu liefern. Eine Verzögerung dieser Lieferungen erfolgt nicht. Die beiden Werke verpflichten sich weiterhin, sich den Anordnungen und Zustimmungen der Rheinlandkommission zu fügen, insbesondere das Regime der Ausfuhrlizenzen sowohl für den Export nach dem Ausland wie für den Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet anzuerkennen und sich der Kontrolle der alliierten Ueberwachungsorgane zu unterwerfen. Die früher beschlagnahmten Warenmengen bleiben im Besitz der „Reparationsbehörden".

Utopien und Unzulässigkeiten.

Paris, 28. 12. Der bekannte deutsche „Industrielle" Arnold Reichberg, der sich augenblicklich in Paris aufhält, wie der „Matin" mitteilt, in längerer Audienz von Poincaré empfangen. Ferner hatte er eingehende Besprechungen mit den Abteilungsleitern des Quai d'Orsay, mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou, sowie mit zahlreichen Großindustriellen und Politikern. Weiter wurde er auch von Marschall Foch empfangen.

Der deutsche Prioritätsantrag wieder bei der Reparationskommission.

Paris, 28. 12. (T. U.) Zu dem deutschen Antrag auf Erteilung der Priorität für die Lebensmittelanleihe, den die Reparationskommission kürzlich an die beteiligten Mächte weitergegeben hat, erfährt „Oeuvre", daß er der Kommission zur neuerlichen Behandlung überwiesen werden soll.

Neujahrsrede des belgischen Königs über die Reparationen.

Paris, 28. 12. „Journier" meldet aus Brüssel, daß der belgische König in der Rede, die er gelegentlich des Neujahrsempfangs halten wird, sich auch mit der Reparationsfrage zu beschäftigen gedenkt.

Die Reparationsfrage in der englischen Thronrede.

London, 28. 12. (T. U.) Verschiedene Zeitungen erklären, daß die britische Thronrede ebenfalls die Anstrengungen der britischen Regierung erwähnen werde, eine Regelung der Reparationsprobleme und der interalliierten Schulden herbeizuführen.

Reuter behauptet, in offiziellen Kreisen zeige man sich gegenüber den Demarchen der deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel stark reserviert. Man glaube jedoch, daß diese Demarchen der neuerlichen Bestätigung der deutschen Souveränität in den Gebieten gleichkommen, auf die sich diese Demarchen bezogen.

„Daily Express" zufolge verläßt Lord Derby heute London, um wegen persönlicher Geschäfte nach Südfrankreich zu begehen. Er werde sich vielleicht kurze Zeit in Paris aufhalten.

Die sächsische Regierungs- und Parlamentskrise abermals vertagt.

Sd. Dresden, 28. 12. (Eigenbericht.) Wie ich erfahre, haben die Sozialdemokraten beschlossen, nun doch noch für den 6. Januar einen Landesparteitag einzuberufen, in welcher Hinsicht die Entscheidung über den zukünftigen Kurs in Sachsen gelegt werden soll. Der Teil der Sozialdemokraten, der von der Sachsenkrise einer Wendung der sächsischen Politik übersprungen ist, hat doch nicht den Mut aufgebracht, auf eigene Verantwortung die Entschlüsse zu fassen. Somit wird wiederum die Entscheidung außerparlamentarischen Instanzen übertragen und dem sächsischen Parlamentarismus, der ohnehin kaum noch Anhänger besitzt, der Todesstoß gegeben.

In der morgigen Landtagssitzung wird daher wahrscheinlich die Wahl des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung abgesetzt und der Antrag auf Auflösung des Landtags dem zuständigen Ausschuß überwiesen werden. Es ist kein Zweifel, daß die bürgerlichen Parteien für die Auflösung des Landtages stimmen werden. Die ganze Entscheidung ist also wieder einmal vertagt.

Die Wahrheit marschiert.

„Lösung der Reparationsfrage Vorbedingung zur Rettung Europas."

e. New York, 28. 12. (Eigenbericht.)

Rober Wood, der Vizepräsident der Montgomery Ward Company, der größten amerikanischen Postauftragsfirma, der von einer Rundreise durch Europa zurückgekehrt ist, sagte, Frankreich sei jetzt das einzige Land mit einer gewinnbringenden Ausfuhr, wenn sie auch nur Luxusartikel umfasse. Dies werde aber nicht von Dauer sein. Denn die Zustimmung werde sicher den Franken fallen lassen. „Ich traf in Deutschland" sagte Wood, „auf viel Entschuldigungen. Die einzige Rettung für Deutschland liegt in einer Lösung der Reparationsfrage. Denn Deutschland und nicht Frankreich ist der Bogen, der Europas Gitterverspannung trägt, und solange dieser Bogen nicht gesichert ist, wird Europas Lage sich nicht bessern.

General Charles Dawes und Owen Young, die beiden amerikanischen Vertreter in den Sachverständigenausschüssen der Reparationskommission haben sich am Donnerstag vom Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Hughes verabschiedet. Sie besprachen mit Coolidge und Hughes ihre Aufgaben in der Unterhaltung der deutschen Finanzlage. Am Samstag werden sich Dawes und Young in New York zur Fahrt nach Frankreich einschiffen.

Ein Vorkämpfer der Wahrheit.

Das frühere Mitglied des Obersten Gerichtshofes des Staates Washington, Mr. Frederick Bausmann, ist auf einer Europareise in Berlin eingetroffen und im Hotel Eden abgestiegen. Er ist als Verfasser eines ausgezeichneten Werkes über die vorwiegende Mitschuld Frankreichs und Rußlands am Kriegsausbruch hervorgetreten, das unter dem Titel „Let franco explain" in London erschien und auch in deutscher Uebersetzung („Laß Frankreich") vorliegt. Mr. Bausmann wird Sonnabend vom Reichskanzler empfangen werden und Sonntag Berlin verlassen.

Poincaré für eine internationale Anleihe an Deutschland?

Paris, 28. 12. Wie an diplomatischer französischer Stelle verlautet, scheint sich in den maßgebenden politischen Kreisen von Paris ein neuer Umschwung hinsichtlich der Stundung der Wollmachten für die Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission vorzubereiten, die bekanntlich am 14. Dezember zusammentreten sollen. Die französische Regierung scheint nicht abgeneigt zu sein, zuzustimmen, daß diese Ausschüsse auch die Bedingungen für eine internationale Anleihe Deutschlands prüfen, deren Ertrag zum größten Teil für die Reparationen bestimmt sei und zum anderen Teil dem finanziellen Wiederaufbau Deutschlands dienen könnte. Andererseits verlautet, daß die französische Regierung parallel mit dem offiziellen Verhandlungen, die augenblicklich zwischen der Poincaré und Berliner Regierung stattfinden, eine Aktion versuchen wolle, daß in größerem Maße als bisher private Abmachungen zwischen den großen deutschen und französischen Industriegruppen zustandekommen.

Rücktritt des japanischen Kabinetts.

Tumultszenen in Tokio. — Das Attentat auf den Prinzregenten aufgeklärt.

London, 28. 12. (W. T. B.)

Reuter meldet aus Tokio: Die japanische Regierung ist zurückgetreten. Abends versuchte der Pöbel in die Wohnungen des Ministerpräsidenten Yamamoto und des Innenministers Goto einzudringen, wurde aber von der Polizei vertrieben.

Paris, 28. 12. (T. U.) Wie aus Tokio mitgeteilt wird, entspuppte sich der Verüber des Attentats auf den Prinzregenten als der 24jährige Sohn des Senators Namba, der sich seit längerer Zeit zege an der sozialistischen Propaganda beteiligte. Zwei andere Personen, die im Verdacht der Mitäterschaft stehen, sind von der Polizei festgenommen worden.

Tokio, 28. 12. Ueber das Attentat auf den Prinzregenten Hiro Hito werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Täter benutzte zu seiner Tat eine Stockflinte. Der Schuß zertrümmerte die Scheiben des Wagens, in dem der Prinzregent saß, und die Kugel fuhr dicht am Kopfe des Prinzregenten vorbei. Durch die Detonation des Schusses wurde die Polizei aufmerksam. Der Wagen des Prinzregenten fuhr weiter, und der Prinzregent nahm auch an der Sitzung des Parlaments teil, worauf er nach dem kaiserlichen Palast zurückkehrte. Ihne das Eingreifen der Polizei wäre der Täter zweifellos der Gerechtigkeit zum Opfer gefallen. Der Begleiter des Prinzregenten wurde durch Glassplitter leicht verletzt.

Die Unbeständigkeit von Tokioka niedergebrannt.

Tokio, 28. 12. In der vergangenen Nacht ist in der kaiserlichen Universität von Tokioka eine Feuersbrunst ausgebrochen. Das ganze Gebäude und das technische Institut sind ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden wird auf 5 Millionen Yen geschätzt.

*

Kaum sind die Pistolenschüsse verhallt, die gestern von einem jungen Fanatiker auf den zum Parlament fahrenden Staatschef abgegeben wurden, so kommt aus dem Fernen Osten die Nachricht von dem Rücktritt des japanischen Kabinetts. Das Attentat auf den Prinzregenten und dieser plötzliche Regierungsrücktritt beleuchten blitzartig die gefährdete innerpolitische Situation im Lande der aufgehenden Sonne. Der Kampf um die Wahlrechtsreform, um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, hat dort schon seit langem die Gemüter aufs äußerste erhitzt. Die seit Wochen übliche Hinausschiebung der Entscheidung über diese Reform, Yamamotos Weigerung, das Wahlrecht zu erweitern, die das parlamentarische System erstreben, Yamamotos politische Wendung zum Militarismus, die Ernennung des adligen Mitarbeiters Yamamotos, Flotte Admiral Takaoka, Ministerpräsident Yamamoto führte sich nicht auf eine bestimmte politische Partei. Er rechnet zu den Vertretern des konstitutionellen Gedankens, die im Gegensatz zu den Demokraten stehen, die das parlamentarische System erstreben. Innerpolitisch wollte Yamamoto die von seinem Vorgänger Baron Kato eingeschlagene liberale Linie beibehalten, die sich namentlich auf die Aussöhnung der Wahlrechtsgegner mit der Regierung, auf Außenpolitisch steht Yamamoto den Kreisen um Graf Goto nahe, die eine Annäherung an Russland erstreben. Die bedeutendste Persönlichkeit der zurückgetretenen Regierung ist zweifellos der Innenminister Graf Goto, der im Juni dieses Jahres die Verhandlungen mit Moskau über die japanischen Regierung zustande gebracht hat.

Bombenattentat in Ungarn.

Budapest, 28. 12. (W. T. B.) In Csongrad zurde während einer Luxusvorstellung des jüdischen Theaters eine Bombe oder Granate in den Ballsaal geschleudert. Einige Personen wurde getötet, 17 wurden verletzt, darunter mehrere schwer. Die Gendarmerie verhaftete mehrere verdächtige Personen.

Das Zeppelinluftschiff „Dixmuiden" in der Sahara gesichtet.

Tunis, 28. 12. (Meldung der Agence Havas.) Nach einem Telegramm aus In-Salah vom 27. wurde das Luftschiff „Dixmuiden" am 26. Dezember, 8 Uhr früh, 200 Kilometer südlich von In-Salah gesichtet. Es flog in der Richtung auf das Hoggar-Massiv.

Der Chef des Generalstabes im Marineministerium bestätigt die gestrige Havas-Nachricht daß am gestrigen Vormittag der „Dixmuiden" die algerische Sahara überflogen habe. Ein Kurier ist nach Bir Alma abgegangen, um die Sichtung zu melden. Weitere Nachrichten fehlen noch. Es ist völlig unbekannt, ob irgendwelche Vorkehrungen erfolgt ist, und ob die Besatzung des Luftschiff verlassen hat.

In-Salah ist ein größerer Verkehrsmittelpunkt und starker Militärposten im südlichen Algerien, 1000 Kilometer südlich der Stadt Algia. Das 3000 Meter hohe Hoggar-Massiv liegt ungefähr 500 Kilometer südöstlich In-Salah, in dem wild zerklüfteten Wüstenbergland des Tuareg-Volkes.

Poincaré spricht drahtlos zum englischen Volk.

Paris, 28. 12. (T. U.) Poincaré wird am kommenden Sonntag von seinem Arbeitskabinett im Quai d'Orsay aus an das englische Volk eine Rede auf dem Wege der drahtlosen Telephonie richten.

Grenzen der Sozialpolitik.

Von
Regierungsassessor **Dr. Cl. Heiss.**

Mit der Stillegung der Notenpresse wird auch den weitesten Volksschichten klar, daß wir an eingebildetem Reichtum litten, das Kapital angesprochen und zu einem großen Teil aufgezehrt haben. Auch bei uns formt ebenso wie bei den Siegermächten der große wirtschaftliche Katzenjammer in der Gestalt des grauen Gespenstes einer massenhaften Arbeitslosigkeit, verbunden mit anhaltender Teuerung. Es zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß wie überall auch bei uns die alte Erfahrungswahrheit gilt: Keine Volkswirtschaft kann mehr Güter verbrauchen, als sie herausziehen vermag.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß nunmehr Sozialpolitik aufhören soll, daß sie eine nicht mehr länger zu tragende Last wäre. Im Gegenteil, das vermutliche Aktivum, das und nach unserem staatlichen und wirtschaftlichen Zusammenbruch geblieben ist, ist unsere Arbeitskraft. Sie ist allerdings stark geschwächt durch die Folgen des unglücklichen Krieges, ein neuer starker Grund, jeden annehmenden Raubbau an ihr zu verhindern.

Aber der Schutz der Arbeitskraft muß sich den wirtschaftlichen Tatsachen und Verhältnissen anpassen. Was eine schwellend reiche Wirtschaft in den fetten Jahren vor dem Krieg tragen konnte, das wird ihr in den mageren Jahren in der gleichen Form unerhört zu schwer. Weil unsere Wirtschaft in der guten alten Zeit vor dem Kriege blühte, weil sie frei war von der toten Last der Reparations- und Besatzungskontributionen an unsere Feinde, konnte sie den Arbeiterschutz und die Arbeiterfürsorge so stark entwickeln und so mannigfaltig ausgestalten, daß Deutschland allen anderen Staaten voranging. Aber heute kann die deutsche Industrie ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit so sehr entfalten, daß deren Früchte in seiner Verbilligung ihrer Erzeugnisse immer breiteren Massen zugute kommen könnten.

Jetzt stehen wir vor der viel schwierigeren Aufgabe, wie können wir auf einem bestimmten Stadtschnitt, dem reichen Rohstoffquellen abgetrennt sind, mit dem geschwächten Arbeitskraft und mit schier erdrückenden Lasten beladen, das erträgliche und vernünftige Maß von Arbeiterschutz und Arbeiterfürsorge am besten aufrechterhalten.

Ein Verharren in den alten eingelaufenen Bahnen dürfte dieser schwierigen Aufgabe wohl kaum gewachsen sein. Es haben viel zu wenig Sinn dafür, aus der Geschichte zu handeln, statt bloß Geschichte zu lernen. 1813, nach dem großen Zusammenbruch, führte der Freiherr vom Stein bevorzugten bei der Auswahl von Verwaltungsbeamten für die Staatsverwaltung eifrige Köpfe, die sich in bisherigen Geschäften und insbesondere in der Landwirtschaft, im Gewerbe oder Bergbau bewährt hatten. Dagegen wollten sie von den reinen Juristen nichts wissen. Die Erfahrung des Geschäftslebens durch das formalistische Denken ist es, die das Juristenmonopol in der Verwaltung besonders bedenklich macht.

Statt nun aus der Reformtätigkeit Steins und ihren Erfolgen zu lernen, sind wir auf dem geradesten Wege, das sich noch an ehrenamtlicher Verwaltung erhalten hat, in ein politisch ausgerichtetes Berufsbeamtentum von Stellenjägern umzubilden und dessen Geschäftskreis durch ein eng begrenztes Spezialfachwissen zu verengen.

Was uns z. B. in der Krankenkassenverwaltung an Verwaltungsbeamten aus der Arbeiterbevölkerung zugewachsen ist, ist wenig erfreulich. Die Hoffnung auf einen neuen gesunden Geist aus dem Volke hat ganz enttäuscht. Diese neuen Beamten machen es sich zur Aufgabe, die staatliche Bureaukratie womöglich noch zu übertrumpfen:

Wie er sich räuspert, wie er spuckt,
Hat Ihr ihm getreulich abgeguckt.

Prof. Herman Bernhard hat in seiner bekannten Schrift über „Unerwünschte Folgen der Sozialpolitik", die die Kritik wegen einiger nebensächlicher Irrtümer zerrissen hat, ohne ihren verdienstlichen Kern anzuerkennen, auf die zahlreichen Gründe der Zeitverzahlung durch unsere Verwaltung hingewiesen. Sie wird gepflegt von oben, von unten und von Seite. Von oben will man alles bedenkenlos tätigen, nichts der Entscheidung der doch an Ort und Stelle über die größte Sachkenntnis verfügenden unteren Behörden überlassen. Ergebnis: Zeitverlustnisse! Von unten verlangt man Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter gegen Unfallgefahren und gegen gesundheitsschädliche Einflüsse des Betriebs, und von der Seite verlangen z. B. bei der Errichtung von Wasserversorgungen oder chemischen Fabriken die Fischereibezirksämter Schutz der Reinheit des Wassers und das Austerben der Fische zu verhindern; Resultat: Zeitverlustnisse! Solche Aken sind stets auf der Wanderschaft. Das Oberamt darf beliebe nicht mit dem Fischereisachverständigen verkehren, sondern muß die Akten der Zentralstelle für die Landwirtschaft vorlegen, damit sie von dort an den Fischereisachverständigen weitergehen. Ein anderer Teil der Akten geht an die Kreisregierung und wird hier an den Sachverständigen für Hochbau und an den für Tiefbau sowie von Kreisregierungen weitergeleitet; der dritte Teil der Akten geht über die Zentralstelle für Gewerbe und Handel an den Gewerbeinspektor. Das Oberamt, das an Ort und Stelle doch über die größte Sachkenntnis verfügt, hat nur den Briefträger dieser Papierwirtschaft zu machen. Wenn es besser werden soll, muß die Justizhoheit der unteren Behörden erweitert und die unnütze papierne Beanstandung abgeschafft werden.

Die mittleren Verwaltungsbehörden, die Kreisregierungen, wären überhaupt als überflüssig zu beseitigen.

Das Schlimme solcher Ueberorganisation ist, daß Behörden, denen nützliche und notwendige Arbeit fehlt, ihre Unentbehrlichkeit durch Erfindung unnützer Arbeit zu sichern streben und damit in großem Umfang an nützlicher Arbeit hindern. Für die

Amtl. Dollarkurs siehe S. 4.

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

fessung völlig unmöglicher Gesetze wird eine Menge tüchtiger Angestellter in völlig unfruchtbarer Weise beschäftigt. Karl Friedrich von Siemens schätzt ihre Zahl gleich hoch wie die Zahl der Angestellten in der Privatwirtschaft überhaupt. Unergiebige Wirtschaft wurde so groß gezogen. Ein allgemeines Aufnehmender Gleichmut war die Folge.

Zu ganz ähnlichen Schlüssen kommt Anton Erkelenz in seiner Schrift „Gegen die Versteinerung der Sozialpolitik" (Berlin SW, 11 C, J. Verlag Neuer Sozialer G. m. b. H.). Er meint, durch den Bolschewismus in Rußland sei der Sozialdemokratie der Glaube, der Berge versetzt, verloren gegangen, der sozialistischen Arbeiterbewegung sei der Mittelpunkt ihres Denkens verloren gegangen. In der Verkrüppelung habe der Geist des Konservativen Adolf Wagner in der Sozialpolitik geherrscht und nicht der des gewerkschaftlich- und selbstverwaltungsfreundlichen Liberalen Lujo Brentano. Aber auch nach der Revolution komme beim Suchen neuer Gedanken Adolf Wagner häufig Angebotenes heraus. Brentano scheine nicht gelebt zu haben. Bestenfalls werde Adolf Wagner etwas brentanoisch angestrichen.

Als neugeplant führte Erkelenz an: Arbeitsämter, Arbeitsgerichte, Schlichtungsämter, Arbeitsnachweise, Arbeiterräte, Arbeiterversicherung, Tarifbehörden, Hausbesitzausschüsse, Heimarbeitsämter, Jugendwohlfahrtsämter. Zum Kommen sei bei unteren Verwaltungsbehörden: Krankenkassen, Versicherungsämter, Versorgungsämter und Gewerbeaufsicht. Da solche unbürokratische Gewinnung mit ihren Hilfskräften sich zu wahren Ungeximen von Schreiberkörperschaften auswachsen müssen, fordert Erkelenz Einstauchlung der Sozialpolitik, die zur Selbstverwaltungsfähigkeit der Unternehmer und Arbeitnehmer zu übertragen sei. Er führt seine Vorschläge am Beispiel der Angestellten- und sonstigen Sozialversicherung, am Arbeitsnachweis, an der Arbeitslosenversicherung und an der Schlichtungsordnung näher aus, indem er zeigt, wie diese Aufgaben den Berufsvereinen der Unternehmer und Bildnehmer übertragen werden können und sollen.

In der Tagen. Revolution von 1918 hat es an neuen großen Gedanken, die das gepeinigte Volk wieder neugen könnten, gemangelt. Befreiung von staatlicher Bevormundung und Erziehung einer tatkräftigen Selbstverwaltung scheint mir ein unglaublicher Aufgabenkreis zu sein, für den sich die Männer der Tat begeistern und einsetzen können.

Dr. Walter Rathenau schrieb einmal, aus dem Auslande zurückgekehrte Deutsche fühlten sich in ihrem Vaterlande nicht so recht wohl, die Luft amtlicher Bevormundung benge sie. Ersetzen wir diese amtliche Bevormundung durch die freie Selbstverwaltung, denn werden sich auch die Männer der Tat mit weitem Gesichtsfreis und Arbeitsfreis in unserem Vaterlande frei entfalten und wohl fühlen können.

Dr. R. th agitiert weiter.

pn. **München**, 28. 12. (Eigenbericht.) Der leiner Fraktion aus der ehemaligen bayerischen Landtagsabgeordnete Ministerrat Dr. Roth, Justizminister der letzten Räte-Regierung, hat nach der Entlassung aus seiner Haft, die er sich durch eine Reise in gefälschter Zeitungsmappe in Tätigkeitsbereich der in Bamberg und für Hitler eingetrennt, zugesagt hatte, die jahrelange Auflassung aller gegen den Landesverrat-Hitler-Putsch Beteiligten genommenen Personen sowie die sofortige Aufhebung des Verbots der völkischen Partei bezeichnet, ebenso Versammlungsfreiheit für die Freie Bauernschaft Bayerns und die sofortige Aufhebung der entgegenstehenden Kommandanten des Generalstaatskommissars.

Bezugspreis der „DAZ".

In Anbetracht der Feiertage hatten wir das Bezugsgeld für die Zeit vom 16. bis einschl. 29. d. M. mit 3,— Goldmark erhoben.

Wir wollen, da die Einziehung für 14 Tage von unseren Bestehern besonders begrüßt wurde, auch das Bezugsgeld für die nächsten beiden Wochen in Höhe von 3,20 Goldmark mittels einer Quittung von morgen ab erheben.

Wir bitten unsere Besteher, den entsprechenden Betrag für die Botenfrauen in möglichst großen Scheinen bereitzuhalten.

Der Verlag.

Die Stabilisierung der österreichischen Währung.

Von

Universitätsprofessor **Dr. Richard Reisch**, Bundesminister für Finanzen a. D., Präsident der Österreichischen Nationalbank.

II*).

Für Oesterreich liegt die große Bedeutung der Währungsbanksteuer nach dem vorstehend Ausgeführten jedoch nicht so sehr darin, daß sein Finanzminister der Sorge um die Bedeckung des Defizits unseres Budgets enthoben wird, als vielmehr darin, daß die Völkerbundanleihe die Grundvoraussetzung für die Sanierung des österreichischen Geldwesens schuf, indem sie es dem Abschnitt einer vorsichtigen Bewährung der bank- und geldpolitisch unzulänglich bedachten Noten betreute. Das Gelingen des Sanierungswerkes hängt hiernach allerdings auch davon ab, daß das staatliche Defizit innerhalb der zwei für die Sanierung bestimmten Jahre tatsächlich beseitigt oder doch wenigstens so weit herabgedrückt wird, daß es durch die laufenden normalen inneren oder äußeren Anleihen gedeckt werden kann. Auch den bisherigen überwiegend günstigen Ergebnissen der Budgetsanierung — es ist bis zum 30. Juni 1923 über 2 Millionen Kronen oder gegen 60 Prozent des für den abgelaufenen Zeitraum zur Verfügung stehenden Betrages der Völkerbundanleihe als durch verwendet, d. h. erspart und für spätere Verwendungen zurückgestellt worden —, daß das Gleichgewicht im Staatshaushalte tatsächlich erreicht sei, kann man bisherigen Ergebnissen des Budgetsanierung — es ist bis 30. Juni 1923 über 2 Millionen Kronen oder gegen 60 Prozent des für den abgelaufenen Zeitraum zur Verfügung stehenden Betrages der Völkerbundanleihe als durch verwendet, d. h. erspart und für spätere Verwendungen zurückgestellt worden —, daß das Gleichgewicht im Staatshaushalte tatsächlich erreicht sei, kann man bisherigen Ergebnissen des Budgetsanierung nicht ohne weiteres mit Sicherheit behaupten. Ihre Sanierung gemäß darf sie unter keinen Umständen an öffentliche Korporationen (Bund, Länder, Gemeinden) Kredite erteilen, so daß die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland von der österreichischen Geldstiftung der Oesterreichisch-ungarischen Bank ausgegebenen Noten, die von der Oesterreichischen Nationalbank und der Oesterreichischen Nationalbank nicht zu benutzen brauchen, durch neue Inflationsnoten Wertbeständigkeitsgingen. Ihrer Notenbeschränkung ausgeführt zu sein. Sehr wesentlich zur Besserung der Notenbeschränkung in dieser Beziehung trug gewiß die Tatsache bei, daß der Staat sich auf Grund der in Genf erzielten Aufgaben **interimistisch** durch anonymisierte Wertpapiere seines Budgetdefizits beschaffen konnte. In rascher Folge vermochte er im Oktober und Dezember 1922 zwei innere Goldanleihen (zusammen rund 105 Millionen Dollar) und ferner bei den Banken, teils beim Publikum unterzubringen. Mit dem Erlös dieser Anleihen und einiger Zusammenhänge (zwischen der Regulierung der Forderungen gegenüber Bank und der Devisenzentrale) und geringen Zuschußkrediten Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei konnte der österreichische Finanzminister mit Hilfe und Schlaue Sanierungsmaßnahmen und am Monatsende unnachlässig unbeglichen bleiben und auf spätere Zeit verschoben werden! — seine Budgetbedürfnisse bis zum Abschlusse des Jahres 1923 zu gelegen kurzfristigen Tranchen der Völkerbundanleihe befriedigen; ferner ist letzter kurzfristige Anleihe durch die Tirol bei reicher gewordenen spanischen Gläubigern zu Anleihen verwendet worden. Auch dieser inneren Anleihen aus Oesterreich schon am 18. November 1922 in der Lage, endgültig auf die Zwischenfinanzierung der Notenpresse für staatliche Zwecke zu verzichten, — seit diesem Tage ist dem Staate von der Notenbank nicht eine einzige Krone mehr freditiert worden. Trotzdem Unsicherheit und die Zuversicht der Rückzahlung der inneren Goldanleihen aus dem Erlöse der Völkerbundanleihe haben gewirkt, am meisten zum Gelingen dieser letzteren beigetragen. Es darf und mit berechtigter Genugtuung erfüllen, daß vor dieser Art selbst sehr wesentlich zu unserer Sanierung beigetragen und über die kritische Zeit des Wiederaufbaues unseres Geldwesens auf das glücklichste Einsichten der Völkerbundanleihe aus eigener Kraft hinwegschalten haben. Zufolge des niedergeschriebenen Vertrauens nahm auch die Aufhaltung der inneren Anleihe zu weiß in der Zeit der Sanierung in die österreichische Tranche der langfristigen Völkerbundanleihe an; überdies erzielt diese letztere auch noch einen Barerlös von rund 2,5 Millionen Dollar. Der aledefinitiv aus österreichischem Kapital geleistet wurde.

Mehr noch als bei der Anleihenaufnahme erwies es sich bei der Gestaltung der Kreditbildung der österreichischen Krone, welchen mächtigen Einfluß das psychologische Moment des Vertrauens und der Hoffnung auch in wirtschaftlichen Dingen auszuüben vermag. Trotz der Ungunst der Zeit, trotz der Ungunst der Banken, trotz der Publikum unerzuhingen. Mit dem Erlös dieser Anleihen und einiger Zusammenhänge (zwischen der Liquidation der Feredeckstamm-Bank und der Devisenzentrale) und geringen Zuschußkrediten Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei konnte der österreichische Finanzminister mit Hilfe und Schlaue — manche Sanierungsmaßnahmen muß er am Monatsende unnachlässig unbeglichen bleiben und auf spätere Zeit verschoben werden! — seine Budgetbedürfnisse bis zum Abschlusse des Jahres 1923 zu gelegen kurzfristigen Tranchen der Völkerbundanleihe befriedigen; ferner ist letzter kurzfristige Anleihe durch die Tirol bei reicher gewordenen spanischen Gläubigern zu Anleihen verwendet worden. Auch dieser inneren Anleihen aus Oesterreich schon am 18. November 1922 in der Lage, endgültig auf die Zwischenfinanzierung der Notenpresse für staatliche Zwecke zu verzichten, — seit diesem Tage ist dem Staate von der Notenbank nicht eine einzige Krone mehr freditiert worden. Trotzdem Unsicherheit und die Zuversicht der Rückzahlung der inneren Goldanleihen aus dem Erlöse der Völkerbundanleihe haben gewirkt, am meisten zum Gelingen dieser letzteren beigetragen. Es darf und mit berechtigter Genugtuung erfüllen, daß vor dieser Art selbst sehr wesentlich zu unserer Sanierung beigetragen und über die kritische Zeit des Wiederaufbaues unseres Geldwesens auf das glücklichste Einsichten der Völkerbundanleihe aus eigener Kraft hinwegschalten haben. Zufolge des niedergeschriebenen Vertrauens nahm auch die Aufhaltung der inneren Anleihe zu weiß in der Zeit der Sanierung in die österreichische Tranche der langfristigen Völkerbundanleihe an; überdies erzielt diese letztere auch noch einen Barerlös von rund 2,5 Millionen Dollar, der aledefinitiv aus österreichischem Kapital geleistet wurde.

Mehr noch als bei der Anleihenaufnahme erwies es sich bei der Gestaltung der Kreditbildung der österreichischen Krone, welchen mächtigen Einfluß das psychologische Moment des Vertrauens und der Hoffnung auch in wirtschaftlichen Dingen auszuüben vermag. Trotz der Ungunst der Zeit, trotz der Ungunst der Banken, trotz der Publikum unerzuhingen. Mit dem Erlös dieser Anleihen und einiger Zusammenhänge (zwischen der Liquidation der Feredeckstamm-Bank und der Devisenzentrale) und geringen Zuschußkrediten Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei konnte der österreichische Finanzminister mit Hilfe und Schlaue — manche Sanierungsmaßnahmen muß er am Monatsende unnachlässig unbeglichen bleiben und auf spätere Zeit verschoben werden! — seine Budgetbedürfnisse bis zum Abschlusse des Jahres 1923 zu gelegen kurzfristigen Tranchen der Völkerbundanleihe befriedigen; ferner ist letzter kurzfristige Anleihe durch die Tirol bei reicher gewordenen spanischen Gläubigern zu Anleihen verwendet worden. Auch dieser inneren Anleihen aus Oesterreich schon am 18. November 1922 in der Lage, endgültig auf die Zwischenfinanzierung der Notenpresse für staatliche Zwecke zu verzichten, — seit diesem Tage ist dem Staate von der Notenbank nicht eine einzige Krone mehr freditiert worden. Trotzdem Unsicherheit und die Zuversicht der Rückzahlung der inneren Goldanleihen aus dem Erlöse der Völkerbundanleihe haben gewirkt, am meisten zum Gelingen dieser letzteren beigetragen. Es darf und mit berechtigter Genugtuung erfüllen, daß vor dieser Art selbst sehr wesentlich zu unserer Sanierung beigetragen und über die kritische Zeit des Wiederaufbaues unseres Geldwesens auf das glücklichste Einsichten der Völkerbundanleihe aus eigener Kraft hinwegschalten haben. Zufolge des niedergeschriebenen Vertrauens nahm auch die Aufhaltung der inneren Anleihe zu weiß in der Zeit der Sanierung in die österreichische Tranche der langfristigen Völkerbundanleihe an; überdies erzielt diese letztere auch noch einen Barerlös von rund 2,5 Millionen Dollar, der aledefinitiv aus österreichischem Kapital geleistet wurde.

*) Siehe Nummer 598 der „DAZ".

Notgaben des Auslandes.

Wie in den vorausgegangenen Jahren, hatte auch in diesem Jahre wieder zum Weihnachtsfeste das schwedische Polizeiorchestern zum Besten der Witwen und Waisen deutscher Polizeimanen und Polizeiangestellten eine Sammlung in Gang gesetzt. Der Reichspräsident hat aus Oesterreich zur Linderung der Not in Deutschland als weitere Spenden erhalten von der Gemeinde Wien rund eine Million Kronen, von der Stadt St. Pölten 25 Millionen Kronen und von der Gemeinde Deutsch-Wagram 2 Millionen Kronen.

Der amerikanische Untersuchungsausschuß Pecos-Cortes ist als Spende mexikanischer Studienkinder für die notleidende deutsche Jugend 1932 80 Millionen Mark überwiesen. Weitere 50 mexik. Dollar sind von der Stadtverwaltung Durango in Mexiko für Notleidende gestiftet worden.

Mehrere 100 Tausend Kronen wurden von Herrn Georg von Krauß in Budapest zur Linderung der Not, insbesondere für Studenten der Technischen Hochschule und Charlottenburg, gespendet.

Ferner gingen ein:

Ungefähr Dollar von der Fuma Lallers, Continental in Santiago für notleidende deutsche Kinder, 190 Lire von der deutschen Kolonie in Florenz für notleidende Kinder im Rheinland, 50 000 Lire Kronen aus Oesterreich für notleidende Wohlfahrtsgreise, weitere 10 Schweizer Franken für Wohlfahrtsunternehmen von 3 Pr. A. Scott Ladies und Chorsänger Frankfurt von Frau Dr. Ella Pius in Zürich für die Mittelstandsstifte der Frau Dr. Schwarzwald.

Die österreichische Bundesgendarmerie hat für ihre Kameraden in Deutschland 51 864 000 öster. Kronen überwiesen.

Nachrichten aus Buenos Aires zufolge wurde vor der deutschen, eine neue Hilfsaktion für Deutschland ins Leben zu rufen in der Form von Sammlungen für Lebensmittel usw. zu Gunsten von Schulkindern, Krankenhäusern, Säuglingsheimen usw.

Sozialpolitische Umschau.

Am 1. Januar 1924 tritt die **Neuregelung des Schlichtungswesens** auf Grund der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. 10. 1923 in Kraft. Damit sind die bisherigen Bestimmungen über die Schlichtung von Streitigkeiten aus den Gesamtverträgen, Betriebsvereinbarungen und Betriebsordnungen, die bei der Gewerbeaufsichtsbehörde, in wichtigen Fällen auf die Zentralbehörde, als zuständigen Behörden und Begutachtungsausschüsse, Gewerbeaufsichts- und Bergwerksbeamten sowie den Berufsausschüssen eingeschaltet, arbeitsrechtlichen Streitfälle, die nach den gesetzlichen Bestimmungen und Auslegungsvorschriften zum § 84, Betriebsrätegesetzes und Betriebsordnungen vorzulegen sind, der Betriebsvertretungen betreffenden Streitigkeiten aus § 93 des Betriebsrätegesetzes werden künftig von den Arbeitsgerichten entschieden. Die Durchführung der neuen Organisation ist in Preußen, wie der Minister für Handel und Gewerbe mitteilt, im wesentlichen in die Hände der Regierungspräsidenten gelegt, der dazu die Anordnungen über die Bildung der Schlichtungsausschüsse und Schlichter, die Schlichter bestimmen in den nächsten Tagen zum Reichsarbeitsminister ernannt werden, erlassen können. In der Zahl der Schlichter liegt ein abgelegen von Berlin, Hannover, Leipzig, in München Fälle. — künftig auch die bisher den Demobilmachungskommissaren obliegende Entscheidung über Anwendung auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse, bisher die tragliche Gesamtverteilung in ihrem Bezirk bestimmt zu; von der Entscheidung bereits, wie der ersten der Reichsarbeitsminister, über die Schlichter binnen, so ist, wie schon bisher, der Reichsarbeitsminister die letzte Berufungsinstanz zuständig.

Als Arbeitsrichter dienen die **Gewerbe- und Kaufmannsgerichte** und, wo solche nicht bestehen, besondere arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse. Das Verfahren vor den Arbeitsgerichten ist durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. 12. 1923 geregelt. Alle kaufmännischen Streitsachen gehörigen Streitigkeiten sind, soweit sie am 31. 12. 1923 vor den Schlichtungsausschüssen schon, noch nicht entschieden sind, binnen zwei Wochen bei dem zuständigen Arbeitsgericht erneut anhängig zu machen, andernfalls gelt der Berechtigte seines Anspruchs verloren.

Der von den Tarifverträgen, insbesondere von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung unterstellte Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 23. 12. 1923 ist durch die Neuregelung unberührt geblieben.

*

In der Ausführungsverordnung zu Art. II der Sozialisierungsverordnung bestimmt der Reichsarbeitsminister, daß bei einer Neuwahl der Beisitzer der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Wahl von Personen, die wegen Verbrechen oder Vergehen gegen die Sicherheit der Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmer, Fachkammern für den Bergbaubezirk Streitigkeiten werden nach den Bestimmungen der Allgemeinen Bestimmungen über die Einrichtung der Schlichtungskammern. Im Verfahren vor diesen Kammern ist an die Stelle des Vorsitzenden und des Beisitzers der Arbeitnehmer die Bestimmungen des Gewerbegerichts, insbesondere der unparteiische Vorsitzende. Die Klage kann auch die Gewerbegerichte gebildet. Für die Einrichtung der Arbeitsgerichtlichen Kammern der § 24 der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. 12. 1923 und § 9 Abs. 1 der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. 12. 1923 sind die

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 28. Dezember 1923.

Gegensätze.

Potsdamer Platz. Linkstraße. Ich fuhre dem Wannseebahnhof zu. Da vor mir der geht, den Blick suchend zu Boden gerichtet, ein grauhaariger Mann in schäbigem Sommerpaletot. Hin und wieder bückt er sich, hastig, verlegen, und läßt irgend etwas, wird er im Straßenschmutz fand, in seiner ausgetretenen Manteltasche verschwinden. Er gehört zur Gilde der Stummelsucher, der armen Leute, die fortgeworfene Zigarren- und Zigarettenreste aufsammeln, um sie entweder in der Pfeife aufzurauchen (ein bewährter Hungervertreiber!) oder aus dem Restbestand der Tabakfabrikate neuen Posten ein dürftiges Kapital zu schlagen. Heute lohnt diese Sammeltätigkeit noch weniger denn je. Die Raucher sparen, rauchen ihre Kreuzstab bis zum letzten Rest auf und wo übrig bleibt, ist nur ein kümmerliches Endchen. Trotzdem erhält die Gilde der Stummelsucher täglich Zuwachs. Abendzeit. Vorzeit. — —

Ich bin auf dem Wannseebahnhof angelangt. Man wartet auf den Zug. Ein Herr im Pelz balanziert eine ungewöhnlich dicke Zigarre zwischen den Lippen. Deckbett und Brand verzehren die Güte und den Preis. Die Zigarre ist vielleicht bis zur Hälfte aufgeraucht. Pompös ragt der dicke Kolben mit dem glühenden Kopf in die neblige Luft des Vorzimmers. Plötzlich geht der Herr eine zweite Zigarre aus der Tasche und knipst die Spitze ab. Wenn man auf den Zug wartet, beobachtet man allerlei Kleinigkeiten. Jehn Paar Augen oder mehr fragen: Was wird er mit der zweiten Zigarre machen? Wird er gleichzeitig zwei Zigarren rauchen? Das wäre doch komisch... Spannung. Der Herr nimmt die halbausgerauchte Zigarre aus dem Mund, entzündet an ihr die neue Zigarre und schleudert gleichgültig und lässig die halbausgeraucht Zigarre zwischen die Schienen. Jehn Paar Augen oder mehr folgen ihr. Stelzugen, erstaunt, aufgerissen. Donnerwetter! Prosit! Verschwender! (Ich bin Sprecher der Augen).

Zum Glück war kein Stummelsucher auf dem Bahnhof. Denn eben fuhr der Zug ein...

Frakun.

Verlängerte Polizeistunde für Silvester.

Für die Silvesternacht sollen die scharfen Bestimmungen über die Polizeistunde außnahmsweise durchbrochen werden, um der Bevölkerung nach dem unbeschreiblich entbehrungsreichen und schweren Jahr die Silvesterfreude nicht zu beeinträchtigen und den zahlreichen Gaststätten des Gastwirtsgewerbes die ihrer Einnahmequelle zu nehmen. Die Polizeistunde ist von 12 auf 3 Uhr nachts verlängert worden. Damit dürfte wohl allen Vergnügungsbedürfnissen Genüge geleistet sein. Hoffentlich passen sich auch die Verkehrsunternehmungen dem hohen Schluß an. — Die Streikpostenkette wird bestimmt nie mit leeren Wagen von den Aufgabestellen gegen 2 Uhr abfahren zu lassen, so daß sie gegen 3½ Uhr wieder vollkommen besetzen.

Wie wird das Neujahrswetter?

Die gegenwärtige Frostperiode, in deren Zeichen diesmal das Weihnachtsfest stand, hat ihren Höhepunkt überschritten. Am Freitag früh war eine südliche Abnahme der Temperatur zu registrieren. Das Thermometer war in der unteren Stadt auf 5, in den Außenbezirken bis 6½—7 Grad gesunken. Bemerkenswert sind die außerordentlich schroffen Temperaturgegensätze, die in den letzten Tagen in Europa beobachtet wurden. Während größte an der Elbe in der Nacht vom 26. zum 27. Dezember bis zu 22 Grad unter Null gemessen wurden, herrschte in Mittelitalien und Westfranreich 10 bis 12 Grad Wärme. Die starke Kälte, die bei uns herrschte, machte sich in der Großstadt nicht ganz so bemerkbar wie in den die Stadt umfeßenden Gebieten. Die Tiere, die sich im Freien aufhalten, mußten sich in den Ställen und Scheunen Unterkunft suchen, da die Temperatur bis 25 Grad unter Null sank. Die Kälte hielt an bis zum 27. Dezember. Am 28. Dezember stieg die Temperatur wieder bis zum Gefrierpunkt. Am 29. Dezember bis 5

Volkswirtschaftlicher Teil.

Freitag, den 28. Dezember 1923.

Entwurf eines Goldbilanzierungsgesetzes.

Einem vorläufigen Entwurfe des Goldbilanzierungsgesetzes entnehmen wir folgendes: Kaufleute, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, haben vom 1. Januar 1924 ab Inventar und Bilanz in Goldmark aufzustellen (eine Goldmark gleich 1/4 Dollar). Zu diesem Zwecke ist ein Eröffnungsinventar und eine Eröffnungsbilanz im Sinne § 39 H.-G.-B. in Goldmark aufzustellen. Vorschrift § 261 H.-G.-B. findet insoweit keine Anwendung, als sich die Bewertung von Vermögensgegenständen mit einem höheren Werte als dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis untersagt. Bei der Umrechnung des Eigenkapitals einer A.-G. einer Kommanditgesellschaft oder einer G. m. b. H. sind Einzahlungen bis zum 1. Januar 1919 zur Friedensparität, spätere Einzahlungen zum Durchschnittskurse des nordmerikanischen Dollars im Monat der jeweiligen Einzahlung anzusetzen. Uebersteigt das bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz nach Abzug der Schulden sich ergebende Vermögen den in Goldmark errechneten Betrag des Grundkapitals (Eigenkapital), so ist in der Bilanz entweder der Ueberschuss als Reserve einzusetzen oder der Betrag des Eigenkapitals zu erhöhen. Uebersteigt der in Goldmark errechnete Betrag des Eigenkapitals das Vermögen, so ist entweder der Unterschied als Unterbilanz vorzutragen oder das Vermögen durch neue Einlagen bis zur Höhe des errechneten Kapitalbetrages zu vermehren oder dieser in der Bilanz entsprechend zu erniedrigen. Werden im Falle der Herabsetzung des Eigenkapitals oder im Falle der Vermehrung des Vermögens durch neue Einlagen neue Aktien oder Gesellschaftsanteile ausgegeben, so sind diese den Gesellschaftern auf ihr Verlangen entsprechend ihrem Anteil am eigenen Kapital zuzuteilen.

Nach der Umstellung muss der Betrag des Eigenkapitals mindestens 5000 Goldmark, der einer G. m. b. H. mindestens 500 Goldmark betragen. Die Aktien und Interimsscheine müssen auf einen Betrag von mindestens 20 Goldmark, im Falle des § 180 H.-G.-B. mindestens 10 Goldmark gestellt werden. Bei der Umstellung einer G. m. b. H. muss die Stammeinlage jedes Gesellschafters mindestens 10 Goldmark betragen.

Eine Vermindernng von Aktien usw. ist nur soweit zulässig, als ohne sie die vorgeschriebenen Mindestgrenzen nicht eingehalten werden können. Soweit Zahlungen zur Umstellung an die Gesellschafter zu erfolgen haben, sind ihnen auf Antrag Genussscheine auszuhändigen. Die Generalversammlung kann die Bestellung von Revisoren zur Prüfung der Eröffnungsbilanz beschliessen. Wegen einer Ueberschreitung auf Grund der Umstellung kain bis 1. Januar 1927 die Eröffnung des Konkurses nicht beantragt werden.

Bei Neugründungen von Aktiengesellschaften usw. muss das Eigenkapital auf Goldmark gestellt werden. Bei Aktiengesellschaften muss das Aktienkapital mindestens 50 000 Goldmark betragen, bei G. m. b. H. mindestens 5000 Goldmark. Aktien neuer Gesellschaften betragen mindestens 500 Goldmark, usw. G. m. b. H. Anteile mindestens 100 Goldmark.

Die lediglich zahlenmässigen Veränderungen im Vermögen nach der Umstellung begründen keine Steuerpflicht für folgende Steuern: Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Vermögensteuer des der Umstellung vorangegangenen Geschäftsjahres.

Der endgültige Entwurf ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die neuen Rentenmark-Schatzwechsel des Reiches. In den nächsten Tagen gelangen die neuen auf Rentenmark lautenden Schatzwechsel des Reichs zur Ausgabe. Sie sind von der Reichsschuldenverwaltung als eigene (Solo-) Wechsel mit Blankoorder und auf einen bestimmten Fälligkeitstag ausgestellt: beim Ankauf sowohl von der abgebenden Stelle in Berlin die Schatzanweisungsabteilung der Reichsbank, Hausvogteiplatz 1, in der Provinz jede einzelne Reichsbankanstalt — mit dem Namen des Erwerbers versehen. Der Text auf dem Schatzwechsel lautet: Berlin, den 18. Dezember 1923. Am 9. Februar 1924 zahlen wir bei der Staatskuldenverwaltungskasse in Berlin gegen diesen Wechsel an . . . oder Order den Betrag von Fünftausend Rentenmark. Reichsschuldenverwaltung". Die Summen lauten zunächst auf 5000 und 10 000 Rentenmark, die Fälligkeitstaden auf den 19. und 20. Januar, 9., 20. und 29. Februar, 10., 20. und 31. März. An Zinsen werden für Wechsel mit einer Laufzeit von 14 (in Berlin: 8) bis 29 Tagen 8 %, von 30 bis 90 Tagen 8½ % gewährt; der Satz erhöht sich auf 8¾ %, wenn der Antragsteller sich im voraus zu einer Abnahme von mindestens 5 Millionen Rentenmark innerhalb 6 Werktagen, auf 9 %, wenn er sich zur Abnahme von 20 Millionen Rentenmark und mehr innerhalb 14 Tagen verpflichtet. Banken etc. erhalten eine besondere Provision von ½ %. Die Wechsel werden nicht an Private, sondern ausschliesslich an Banken, Bankiers, Girozentralen, Sparkassen, Kreditgenossenschaften, grosse Handels- und Industriefirmen, landwirtschaftliche Verbände abgegeben. Eine Rediskontierung bei der Reichsbank ist zunächst nicht zulässig, wohl aber eine weiterständige Lombardierung.

Der Reichsbahn-Wechselkreditverkehr zur Befriedigung industrieller Forderungen in Beträgen von mehr als 1000 Goldmark (Zahlungen bis 1000 Goldmark werden unmittelbar von der zuständigen Reichsbahndirektion geleistet) wird in der Weise geschaltet, dass die anspruchberechtigte Firma, gewöhnlich sich in Höhe mit Bezahlung durch Fachanweisung, nicht aufrechnung zum, einverstanden erklärt, einen Dreimonatswechsel auf das Eisenbahnzentralamt, jedoch nicht über die zuständige Reichsbahndirektion, die den Wechsel bezahlt, geleitet wird. Das Eisenbahnzentralamt gibt den Wechsel an die in diesem Gebäude befindliche „Eisenbahnlieferanten G. m. b. H." weiter, die zur Erledigung von Zahlungen für Industrielle Lieferungen und Leistungen von den beteiligten Industriekreisen in Zusammenarbeit mit dem Reichsverkehrsministerium errichtet worden ist. Von hier geht der Wechsel an die Reichsbank, die den Betrag auf werbeständiger Grundlage (notigenfalls auf einem von der Firma bei der Reichsbankstelle errichteten Konto) zur Verfügung der Firma stellt. Die Lombard- bzw. Diskontsätze werden von der Reichsbank gezogen. Der Reichsbank steht das Recht zu, die Wechsel auf die Reichsbank zweimal für je drei Monate zu prolongieren. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist jedem Wechsel beigefügen.

Differenzierung zwischen den verschiedenen werbeständigen Zahlungsmitteln in den Lieferungsbedingungen. Der Verband Deutscher Damen- und Mädchenkleid-Fabrikanten hat, wie die „Textil-Woche" erfährt, seine Lieferungsbedingungen u. a. in folgenden wesentlichen Punkten geändert: Das Weiteziel von 16 auf 15 Tage verkürzt, wobei Bei Zahlung mit Bäledeviesen kann ein Ziel von 30 Tagen mit 2 % Skonto gewährt werden. Zwischen den verschiedenen Arten werbeständiger deutscher Zahlungsmittel wird bemerkenswerterweise ein Unterschied gemacht. Verbindlichkeiten sind Rentenmark und Dollarschatzanweisungen, während die Goldanleihe der Papiermark gleichgestellt wird und wiederum der Reparierungsklausel unterliegt. Der Reichsbund der Textil-Einzelhandels weist auf die privatwirtschaftlichen Bedenken über solchen unterschiedlichen Behandlung hin. Bei der grossen Menge im Verkehr befindlicher Goldanleihe und auf dieser beruhenden Kaufkraft dieser Wertpapiere schwer Schädigungen und eine Beunruhigung hervorrufen, die leicht auch auf die Rentenmark übergreifen könnte.

Berliner Börse.

Lustlos. 28. 12.

An der Börse herrschte heute noch Feiertagsstille. Das Geschäft war auf allen Gebieten gering. Aus dem Publikum lagen nur wenige Aufträge vor, und der berufsmässigen Spekulation fehlte die Anregung zu neuen Geschäften. Sie wurde in der Zurückhaltung bestärkt durch die Verstaltung des Geldmarktes, die sich auch ausserhalb der Börse in der Industrie und im Warenhandel bemerkbar macht. Die Devisenkurse waren fast unverändert und blieben auf den Effektenverkehr ohne Einfluss. Die leidenden Spekulationspapiere setzten fast unverändert auf dem Stand vor den Festtagen ein und erfuhren auch später bei geringen Umsätzen nur unwesentliche Veränderungen. Mit Interesse sieht man den Kursen am nächsten Montag entgegen, welche für die Jahresabschlüsse die amtliche Unterlage zu bilden haben.

Montanwerte wiesen nur geringfügige Veränderungen auf. Einiges Kaufinteresse bestand, im Zusammenhang mit der kalten Witterung, für Braunkohlenwerke. Rheinbraun Montan eröffneten mit 76 (+ 10,5), Ilse Bergbau mit 43 (+ 3). Kaliwerte waren nach der letzten Steigerung angeboten: Deutsche Kali 43 (— 9), Westeregeln 24,5 (— 10,5). Chemische und elektrische Werte behaupteten ungefähr ihren letzten Kursstand; etwas höher gingen Schuckert (53) und Siemens u. Halske (53) um. Bei Waggonfabriken, Maschinen- und Metallwerten hielten sich Kursgewinne und Kursrückgänge ungefähr die Waage. Textilwerte gingen etwas höher um. Bankonten lagen äusserst ruhig. Schiffahrtswerte waren einigen Veränderungen unterworfen. So gingen Hansa von 23 auf 18,75 zurück und erholten sich wieder auf 20,5. Roland-Linie büssten 6 (17) ein. Fest lagen heimische Anleihen und zwar zowohl Reichsanleihen wie Kommunale. Fremde Renten waren unbelebt.

Im weiteren Verlauf ging die Geschäftstätigkeit noch mehr zurück. Die Kurse gingen vielfach ein wenig zurück, doch war die allgemeine Tendenz nicht festzustellen. Oberschlesische Werte waren verhältnismässig fest. Kattowitzer 64 nach 60. Schles. Zink 52,5, Hohenlohe 61¼. Man vermutet hier französische Käufe. Gelsenkirchener befestigten sich auf 62,9, nachdem sie vorübergehend auf 67 (!!!) waren. Dt. Lux. wurden zu 66¼ gehandelt. Im allgemeinen aber betrugen die Kursveränderungen noch bei den schwersten Werten weniger als ½ Billion Prozent. Hervorzuheben ist vielleicht noch Stettiner Vulkan, das bis auf 41,5 anzog.

Die Kurbildung am Einheitsmarkt war heute sehr vom Zufall abhängig, da bei der geringen Umsätzen der kleinste Auftrag eine beträchtliche Einwirkung auf die Kurse ausübte. Höher waren u. a. (in Billionen %): Einbach Brauschole 10, Hotelbetrieb 20, Bazar Gemasschenine 4, Hildebrandt-Mühlen 3, Niederlausitzer Bergwerke 2, Berliner Hotel 17, Deutsche Telegraphen 10, Westdeutsche Handelsgesellschaft 6, Anhaltsr Kohlen 4, Linzauerwerke 2, Prussengrabe 8.

Am Markt der nicht notierten Werte blieb das Kursniveau fast unverändert. Stärkere Angebot bestand jedoch in den Werten, die Papiermarkgründungen sind oder deren Aktienkapital stark verwässert ist. Marius u. Bloch gaben heute weiter nach. Valuta, Petroleum- und Kaliwerte wurden zu ungefähr letzten Kursen gehandelt. Höher waren u. a. Tiag auf Interessenkäufe, Mechanische Trikotwerke auf die vorgeschlagene Kapitalserhöhung sowie Kabelwerke Rheydt. Russische Werte waren durchweg höher: Otto 2,25, Ger 1,8 Ibäber 5, Ilfa Sfps 4, Hi Konsols 1,2, Ster Vl 2, Petersburger Internationale 2,55, Russenbank 4.

Das Berugsrecht Genthiner Zuckerfabrik A.-G. soll am 31. Dezember notiert werden.

Frankfurter Börse. 28. 12. (Eigenbericht.) Die erste Börse nach den Feiertagen eröffnete in unsicherster Haltung. Der Geldmarkt ist augenscheinlich geeitigen; besonders bedangen Monatskredite höhere Zinssätze (43—45 %). Man rechnet mit einer weiteren Verknappung der flüssigen Umlaufmittel; auch wirken die Steuerzahlungen nach. Bei der politisch unverändert ungeklärten Lage hielten sich Angebot und Nachfrage ungefähr die Waage, ohne dass es bei der grossen Zurückhaltung zu grösseren Umsätzen gekommen wäre. Montanaktien waren schwächer Buderus 1. Luxemburg 1, Harpener 2, Oberbedarf 5, Phönix 2. Rheinische Braunkohle 5, Rheinstahl 4, Laura 50 Millionen Prozent. Mannesmann gewannen 1 Billion Prozent. Von Kaliaktien verloren Aschersleben 5, Westeregeln 2, Mansfeld 1 Billion Prozent. Von Anilinwerten gewannen: Badische Anilin 29,5 (28,5), Hoechst 30,5 (29,5). Es verloren: Griesheim 21 (21,5), Elberfelder Farben 2,5, Goldschmidt 1, Rheinania 1,6, während Gold- und Silberscheideanstalt mit 32 Billionen Prozent ihren Stand behaupteten und Rütgers mit 23,5 (21,5) gewannen. Von Autowerten gewannen Kleyer 1,5, Seckermann 1, Daimler verlosen 0,8. Von Maschinenwerten waren schwächer: Keldenbahn 7 (8), Karlsruhe 7 (7,5). Auch Elektrowerte waren uneinheitlich. A. E. G. 11 (11), Bergmann 17,5 (18), elektrische Lieferungen 11 (13), Licht und Kraft 17,75 (11). Dr. Epil Meyer 1,95 (1,4). Bankenwerte notierten uneinheitlich, Verkehrswerte schwächer. Hapag 43 (46,5), Lloyd 11 (11,5), Schantung 4,8 (5,1). Von festverzinslichen Werten waren fester: 8% proz. Reichsanleihe 190 Millionen (165), 3 proz. Preuss. Konsols 425 Millionen (400), während Ausländer nachgaben. Bagdad II 18 (14), Ungarn 1914 1,5 (1,75). Geld war um 1 Uhr bei 1½ % taglich gesucht.

Rentenmark - Schuldverschreibungen des sächsischen Staates. Neben den Goldanleihe-Schuldverschreibungen aus ein eigener Drahtbericht meldet, der sächsische Staat jetzt auf Rentenmark lautende Schuldverschreibungen in Form verzinslicher Stadtanweisungen zur Ausgabe. Die Stücke der ersten Serie über 5, 10, 20, 50 und 100 Rentenmark sind auf den Inhaber gestellt, am 31. Dezember 1924 fällig und werden nach Fälligkeit durch die Landeshauptkasse eingelöst. Die Stadtanweisungen sind auf den Inhaber ausgestellt, am Nennwert an Zahlungs statt an. Für die Schatzanweisungen haftet der gesamte werbende Besitz des sächsischen Staates an Wäldern, Kohlenbergwerken, elektrischen Anlagen, Gütern usw. Sie sind im Gebiet des ganzen Deutschen Reiches zur Anlegung von Mündelgeldern geeignet. Den Inhabern von Schatzanweisungen über insgesamt 100 Rentenmark oder einem Vielfachen davon wird Hilfsgeld ein gnädiges Umtauschrecht in Stücken einer künftigen Goldmarkanleihe des sächsischen Staates und zwar mit einer dem Zeichnungsrecht und für den Fall, dass die Anleihe bereits am Fälligkeitszeitpunkt an der Dresdener Börse amtlich notiert ist, zu dem Durchschnittskurse der sich für die Zeit vom 16. November bis 15. Dezember 1924 ergibt, vorbehalten.

Die deutsch-oberschlesische Steinkohlenförderung belief sich in der Zeit vom 1.—16. Dezember d. J. bei einer forderätzlichen Leistung von 30 192 To. auf insgesamt 208 802 To. Der Absatz innerhalb Deutsch-Oberschlesiens betrug 185 187 To. Nach dem übrigen Deutschland gelangten 20 990 To., nach dem Ausland, und zwar Polnisch-Oberschlesien 1866 To. Der Kohlenbestand betrug am letzten Ermittlungstage (16. 12. 1923) 31 475 To. Es konnten als 81 481 angeforderten Wagen gestellt werden.

Berliner Kurse vom 28. 12:

1 Dollar amtlich: M 4200 Milliarden
Zuteilung 12½ %
1 Pfund amtl.: M 18 300 Milliarden
Zuteilung 12½ %
1 Goldmark M 1000 Milliarden
(1 Goldmark = 1 Rentenmark)
Goldanleihe: M 4200 Milliarden
Zuteilung 100 %.
Dollarschatzanw.: M 4200 Milliarden
Zuteilung 100 %.

Devisen leicht.

28. 12.

Am Devisenmarkt war die Lage gegen gestern unverändert, das Geschäft hielt sich in engen Grenzen und war nur im Usaniehandel lebhafter. Der französische Franken erholte sich, an der Pariser Börse soll eine Intervention grösseren Umfanges erfolgen; London meldete den Frankenkurs vormittags mit 84,85, während hier bis 84½ angeboten wurde. Die Mark kam aber wieder etwas besser, aus London 18¼ Billionen, aus Amsterdam 61¾ cents.

Bei der amtlichen Notierung wurde die Zuteilung auf Auszahlung London von 10 auf 12½ % erhöht. Der Bedarf Holland wurde Berlinger, die schon vor Kurz zum amtlichen Briefkurs gehandelt, auch während der Notiz kam Ware heraus, ebenso in den meisten übrigen Devisen.

In Millionen Mark. Wien und Budapest in 1000 ℳ

Berliner Devisen:	28. 12. Geld	28. 12. Brief	27. 12. Geld	27. 12. Brief
Amsterd.	1596000	1604000	1596000	1604000
Buenos Aires	136650	143350	134675	1353175
Brüss.-Antw.	189425	190575	187635	188675
Christiania	641445	648555	642115	645885
Kopenhagen	751115	756885	751115	755885
Stockh. Gothb.	919225	925775	915225	1154775
Helsingfors	102742	103258	103740	104260
Italien	181445	182555	180445	184555
London	18915.35	18345750	18245250	18345750
New York	4199550	4210450	4189050	4210050
Paris	178150	179350	171475	172525
Schweiz	730159	741851	726163	730845
Spanien	549225	551775	549225	551775
Lissabon	139625	140375	140627	142373
Japan	1945125	1954875	1972525	1982475
Tschechoslowakei	123915	124585	123915	124585
Wien algem.	34615	35385	34615	35385
Budapest	123931	123369	123931	124319
Bukarest	71455	72545	71455	72545
Bulgarien	29725	29875	29925	30075
Jugoslawien	47151	47715	47461	47719

Auf Devisen wurden zugeteilt London, New York, Amsterdam 12½ %, Schweiz 65 %.

Der Geldmarkt hat sich weiter eingeengt, da von allen Seiten Nachfrage bestand. Tagesgeld stellte sich Vormittags auf ¾ bis 1¼ % pro Tag. Namentlich die Landwirtschaft leidet unter Kapitalnot, worauf man auch die vermehrte Andienung von Roggen zurückführt.

Stadtberger Hütte A.-G., Niedermarsberg. Die Gesellschaft beabsichtigt, den 1922/23 erzielten Gewinn von 21 (3,5) Mill. Mark auf neue Rechnung vorzutragen (i. V. 20 %). In der Bilanz stehen u. a. (in Mill. M.) wieder 0,1 Grubenbesitz, 1,3 (0,4) Immobilien, 93,6 (0,4) Kupfer und Zwischenprodukte, 112,9 (2,6) Materialien, 125 (3,9) Debitoren, 49,2 (2,9) Bankguthaben, 244,6 (5,9) Kreditoren. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: Amerika war es möglich, im Berichtsjahre die Kupferpreise langsam aber stetig hinaufzutreiben, so dass im April d. J. Kupfer in New York mit 17 Cents notiert wurde. Von da ab machte sich aber in der Weltwirtschaft der Einfluss der Franzosen in das Schlesische immer mehr erfreulich bemerkbar, so dass auch die New Yorker Notierungen immer weiter nachgehen mussten und jetzt auf einem Tiefstand von 12 Cents wieder angekommen sind. Das verlossene Geschäftsjahr hätte bei den internationalen Preisen auch für uns als befriedigend bezeichnet werden können, wenn die Verhältnisse in Deutschland nicht immer trostloser wurden. Die Preise in Deutschland haben sich vollständig auf die Goldparität eingestellt und teilweise die Friedensparität erheblich überschritten, während wir für einer weniger Artikel hat, die heute unter Friedensparität stehen. Auch unser Betrieb hat sich die ganze deutsche Industrie durch die Ruhrbesetzung zu leiden gehabt. Aus den Erzen, die wir verarbeiteten, wurden 0,48 % Kupfer ausgebracht. Verwertet wurden 197 913 kg. Raffinadkupfer und 121 848 kg Elektrolytkupfer. Hierin sind 71 456 kg Kupfer enthalten, die wir vom Fremdgut Erzen, Aschen und kupferhaltigen Rückständen hergewonnen haben.

Berliner Maschinenbau A.-G. vormals L. Schwartzkopff. Die Generalversammlung genehmigte die Abrechnung für 1922/23, welche einen Reingewinn von 6625 Mill. M. aufweist. Es wurde beschlossen, zu Lasten des Reingewinnes auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 6 % zu verteilen und auf das Dividendenrecht des Stammkapitals aus den verbesserungs angelegten Mitteln der Gesellschaft eine Dividende derart auszuschütten, dass auf je 15 000 M. Aktien 5 Dollar Schatzanweisungen des Deutschen Reiches entfallen. Wie der Vorstand mitteilte, ist die nach dem neuen Goldfinanzierungsgesetz aufzustellende Eröffnungsbilanz erst am 1. Juli 1924 vorzunehmen.

Badische Maschinenfabrik und Eisengiesserei vorm. G. Seebold und Seebold u. Neff, Durlach. Die Gesellschaft erhöhte für 1922/23 aus einem Reingewinn von 600,9 (i. V. 6,5) Mill. M. eine Dividende von 2 Billionen Prozent (i. V. 20 plus 10 %) vor. In der Bilanz sind Anlagewerte bis auf je 1 Mark abgeschrieben. Ferner werden u. a. ausgewiesen Bestände an Rohstoffen 1,4 (0,3) Mill. M., Maschinenbau-Vorräte, 1442,3 (9,8) Giesserei-Vorräte, 201,6 (2,3) allgemeine Vorräte, 6199,8 (69,7) Debitoren, 4510,1 (23,8) Kreditoren, 6788,5 (50,6) Anzahlungen usw. Die Beschäftigung in Berichtsjahre war noch günstig.

Union A.-G. für Metallindustrie, Hannover-Wülfel. Die Generalversammlung genehmigte die Abrechnung für 1922/23, auf neue Rechnung vorzutragen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Herr Kaufmann Friedrich Rodewald, Hannover. Der vorliegende Aufstragbestand sichert volles Beschäftigung für etwa drei Monate.

A.-G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel in Hamburg. Nach der jetzt bekanntgegebenen Abrechnung für 1921 stehen in der Bilanz per 31. 12. 1921 Schiffe mit 58 Mill. M. (i. V. 15 Mill. M.), Schuldner mit 387 (52) Mill. M., anderseits Gläubiger mit 345 (39) Mill. M. an Bank. Der Dividende aus dem Ueberschuss von 1,9 Mill. M. (516 000 M.) beträgt wiederum 6 %.

Berliner Produktenbörse, 28. Dezbr.

Amtl. Notierung der Mittagsbörse ab Station. Mehl und Kleie brutto Sprnschl. Sack frei Berlin.

in Goldmark der Goldanleihe oder Rentenmark:		für 100 kg	28. 12.
für 1000 kg	28. 12.	Roggenkleie	7,50—7,75
Weizen mark	191—163	Raps	260—265
„ perm.	—	Erbsen, Viktoria	38—40
Roggen mark	138—140	Kl. Speiseerbsen	36—40
„ perm.	137	Futtererbsen	—
„ sortim.	—	Peluschken	14—15
„ sonst.	—	Ackerbohnen	12—13
Gerste, mark.	155—160	Wicken	15—17
„ schles.	—	Lupinen, blaue	13—15
Hafer, mark.	125—130	„ gelbe	14—16
„ sonstige	120—125	Seradella, neue	16,50—18
Mais, Berlin	—	Kapokkuchen	13,50—14,75
Mehl 100 %	—	Leinkuchen	—
Mehl 70 % Weizen	24—27,50	Trockenschnitzel	6,00—6,10
100 kg Roggen	22,50—24,50	Torfmelasse	7,00—7,50
		Kartoffelflocken	—

Kaufmännische Kurse der fortdauernd notierten Papiere der Berliner Börse vom 28. Dezember.

(In Billionen.)

Festverzinsliche Werte.	
Dollar-Schatzanweisung	12,5
Reichsanl.	3,2
3% ds. 16 IV. V	0,6
4% ds. VI. X. Ausgabe	0,6
4% ds. fällig 24	7,9
5% Deutsche Reichsanl.	—
3% ds.	373 B
3% ds.	210 B
3% ds.	550 B
3% Pr. St. Schs. I. X. 24	—
4% ds. I. X. 24	—
4% ds. Hilfsanl.	—
4% Pr. ausl.	—
4% Pr. kons. Anleihe	210 B
3% ds.	260 B
3% ds.	260 B
Bayer. Staats-Anl.	—
5% ds.	—
3 Mexiken. Gold	—
5% Mexikan. Abl.	—
4% Mex. Inl. Sch. 14	1,35
4% ds. innerl. E. A.	—
4% ds. Goldanl.	5,00
4% ds. Kronenanl.	—
4% ds. conv. Kie.	—
4% ds. Silberanl.	—
4% ds. Papierrente	14
4% Türk. Bagdb. I. II	13,75
4% ds. ausl. Anl. 05/06	—
4% ds. E. A. II	11,50
Turk. 400 F. L.	—
5% Ung. Staatsanleihe 13	1,90
4% ds. 1914	—
4% Ungarische Goldrente	4
4% ds. Staatsrente 10	0,35
4% ds. Kronenrente	0,37
Aust. E. E. I.	0,35
ds. S. II	17,5
4% Tschechoslowakei	—
4% ds.	—
Verschiedene Werte.	
Schutzbriefe	4,25
Transport	—
Baltimore	—
Canada	13,50
Dout.-ch-Austral. B.	—
Hamburg-Amerik. P.	1,7
Hamburg-Südamerika	—
Lloyd	3,25
Kosmos B.	49
Nordsudamerik. Lloyd	1,5
Roland Linie	11,5
Vereinigte Dampf.	—
Verein. Elbeschiffahrt	5,5
Ostafrika Beteiligt.	1,5
Banken.	
Bank elektr. Werte	13,50
Bank f. Bras.	1,7
Barmer Bankverein	2,5
Bayr. Hyp. u. Wechs.	5,90
Bayr. Vereinsbank	2,5
Handels-Gesellschaft	60
Commerzbank	—
Ba. meiniger u. Nationalb.	11,5
Deutsche	2,5
Disconto	20,5
Dresdner	—
Essen Kredit-Anstalt	—
Leipziger Kredit	2,5
Mitteldeutsche Credit	2,5
Oberschlesische Kredit	2,5
Wiener Bankverein	0,5
Industrieaktien.	
Schubiktiebs-Fabrikanten	21,25
Accumulatoren	27
Adler Kleyer	7,5
A.-G. für Anilin	16,7
A. E. G.	11
Anglo C. G.	52,5
Anhaltsche Kohlenwerke	7
Augsburg-Nürnb.	29
Bad. Anilin	28,25
Basalt A.-G.	22
Berger Tiefbau	6,5
Burgmann	18,5
Berl.-Anh. Maschinen	9
Berl. Burger Eisen	—
Berl. Kammgarn	7,5
Berliner Maschinenbau	16,5
Bremen-Besigheim	7
Deutscher Eisenhandel	—
Dessauer Gas	11
Dinglerwerke	29
Dr. Gudermann	2,5
Eisenbahnwagen	5,9
Elektr. Licht u. Kraft	7,5
Elektr. Lieferung	12
Elektr. Werke	9
Elektrobank	16,25
Elektrizitäts-Lieferung	12
Elektr. Licht u. Kraft	10,5
Emscher Brückenbau	80
Felten, List u. Co.	57
Feldmühle Papier	8
Felten u. Guilleaume	30
Gelsenkirchener Bergw.	67
Gesellsch. Elektr. Unternehm.	12,7
Goldschmidt	23
Gothaer Waggon	9
Grünau Waggon	6,2
Hackethal Draht	11,5
Hammersen	14
Hannoversche Waggon	29,5
Hanse-Lloyd-Werke	2,1
Harburg-Wiener Gummi	3,25
Herpener	77
Hartmann Maschi. Maschi	61
Heid. Transbo.	2,05
Hirsch Kupfer	62
Hochdorfer Papier	11,5
Hoesch Eisen	61,7
Hohenlohewerke	35
Phönix Bergbau	22
Rheinstahl Eisen	25
Ilse Bergbau	43
Ilse Bergbau Genuss	24
Kalkwerk	14
Kali Aschersleben	43,5
Kattowitzer Bergbau	64
Kattowitz	60
C. W. Kayser	7,5
Klöckner-Werke A.-G.	34
Köln Rottweil	60
Köln Neuessener	67
Gebrüder Körting	13,5
Krefeld Seide	11
Lahmeyer	18
Leonhard Tietz	35
Linke-Hofmann	33
Lodwi Bergbau	12,5
G. Lorenz	6,5
Mannesmanröhren	43
Mansfelder Bergbau	17
Metall. Feld Berlin	5
Metzeler Berlin	26,5
Mitteldeutsche Stahlw.	6,5
Nordd. Wollkämmerei	51,5
Nähmaschinen Gutmann	5
Oberschlesische Eisenbahnbedarf	6,5
Oberschlesische Eisenbahnbedarf	44
Ob.-Schlesische Eisenbahnbedarf	14
Ob.-W. Sprengstoff	14
Osnabrücker Kupfer	20
Otavi Minen	10,5
Ostwerke	26,5
Ferd. Kinkelbach	1,6
Rütgerswerke	20
Rachbauer Werke	2
Rheinische Elektr.	43
Rheinstahl	25
Schles. Bergb. u. Zink	52,5
Schles. Textilwerke	6
R. Schneider	11
Siemens & Halske	53
Schwarzkopf	33
Stettiner Vulkan	41,5
Stolberger Zink	67,5
Telephon Berliner	7,2
Tietz's Versch. Gutbier	12,1
Lombard Tietz	37
Tonindustrie Berlin	6
Vereinigte Staahlfabriken	2,45
Voigt u. Haeffner	28
Weiss Schiffahrt	—
Westfalia	34,5
A. Wolf	10
Zucker Waldhof	14
Zucker Stettin	26
Zucker Frankenthal	16,5
Zucker Offstein	37
Bremer Gas	13,5
Deutsch-Atlant. Telegr.	21
Deutsch Luxembourg	8
Deutsche Erdöl	3,2
Deutsche Kabelwerke	6,5
ds. Maschinen	7,9
ds. Werke	—
ds. Wolle	—
Dynamit Nobel	5,7
Dynamit Nobel	9
Elektrobas-Versicherung	16,25
Elektrizität Fabrik	25
Elektr. Licht u. Kraft	10,5
Emmer Brückenbau	80
Felten, List u. Co.	57
Feldmühle Papier	8
Felten u. Guilleaume	30
Gelsenkirchener Bergw.	67
Gesellsch. Elektr. Unternehm.	12,7
Goldschmidt	23
Gothaer Waggon	9
Gotharer Wagon	6,2
Hackethal Draht	11,5
Hammersen	14
Hannoversche Waggon	29,5
Hanse-Lloyd-Werke	2,1
Harburg-Wiener Gummi	3,25
Herpener	77
Hartmann Maschi. Maschi	61
Heid. Transbo.	2,05
Hirsch Kupfer	62
Hochdorfer Papier	11,5
Hoesch Eisen	61,7
Hohenlohewerke	35
Phönix Bergbau	22
Rheinstahl Eisen	25
Ilse Bergbau	43
Ilse Bergbau Genuss	24
Kalkwerk	14
Kali Aschersleben	43,5
Kattowitzer Bergbau	64
Kattowitz	60
C. W. Kayser	7,5
Klöckner-Werke A.-G.	34
Köln Rottweiler	60
Köln Neuessener	67
Gebrüder Körting	13,5
Krefeld Seide	11
Lahmeyer	18
Leonhard Tietz	35
Linke-Hofmann	33
Lodwi Bergbau	12,5
G. Lorenz	6,5
Mannesmanröhren	43
Mansfelder Bergbau	17
Metall. Feld Berlin	5
Metzeler Berlin	26,5
Mitteldeutsche Stahlw.	6,5
Nordd. Wollkämmerei	51,5
Nähmaschinen Gutmann	5
Oberschlesische Eisenbahnbedarf	6,5
Ob.-Schlesische Eisenbahnbedarf	44
Ob.-W. Sprengstoff	14
Osnabrücker Kupfer	20
Otavi Minen	10,5
Ostwerke	26,5
Ferd. Kinkelbach	1,6
Rütgerswerke	20
Rachbauer Werke	2
Rheinische Elektr.	43
Rheinstahl	25
Schles. Bergb. u. Zink	52,5
Schles. Textilwerke	6
R. Schneider	11
Siemens & Halske	53
Schwarzkopf	33
Stettiner Vulkan	41,5
Stolberger Zink	67,5
Telephon Berliner	7,2
Tietz's Versch. Gutbier	12,1
Lombard Tietz	37
Tonindustrie Berlin	6
Vereinigte Staahlfabriken	2,45
Voigt u. Haeffner	28
Weiss Schiffahrt	—
Westfalia